

Analyse

Jack Barsky Der ehemalige DDR-Bürger, der im Kalten Krieg Amerika ausspionierte, möchte nie mehr lügen. *Von Jean-Martin Büttner*

Der KGB-Agent und sein Freund vom FBI

Im Film sieht es aufregend aus, aber wer tut sich das beruflich an? Geheimagent. Das Doppelleben, die Lügen dauernd, die Täuschung der Familie, die Angst vor der Enttarnung, vor Haft, Folter und Tod. Das Risiko, fallen gelassen zu werden. Die gefährlichen Aufträge, die permanente Paranoia. Keine Achtung, keine Beachtung. Misstrauen gegen alle.

Albrecht Dittrich, der sich Jack Barsky nannte, hat in einem Satz gefasst, warum er sich 1970 vom russischen Geheimdienst anwerben liess: «Ich konnte die Welt sehen und jenseits aller Regel leben», zitiert ihn der «Spiegel», «ich stand über dem Gesetz.» Dittrich wuchs in Jena in der DDR auf. Das mit der Welt war nicht als Metapher gemeint.

Der studierte Chemiker, hochintelligent, lernt in Berlin und Moskau Spionieren und Englisch, die



Ausbildung dauert mehrere Jahre. 1978 fliegt er in die USA, nimmt den neuen Namen an, erschwandelt sich eine Sozialversicherungsnummer. Er stemmt sich vom Velokurier zum Programmierer hoch, arbeitet bei einem Versicherungskonzern, heiratet, das Paar bekommt zwei Kinder. Dass er auch in Deutschland eine Frau und einen Sohn hat, die er gelegentlich besucht: Es gehört zu den Lebenslügen, die der Beruf mit sich bringt. Wie er es fertigbringt, das eine zu tun und das andere nicht zu lassen über eine so lange Zeit, bleibt schwer nachvollziehbar. Ausser für ihn. Dittrich und Barsky, sagt er in der amerikanischen Fernsehsendung «60 Minutes», hätten nichts miteinander zu tun gehabt. Nur lügen konnten beide gleich gut.

Den USA scheint der KGB-Agent wenig geschadet zu haben. Ausser einem Programmiercode, der für die

Sowjetunion wirtschaftlich wichtig war, hat Barsky keine folgenreichen Geheimnisse nach Moskau geliefert. So weit jedenfalls die offizielle Version. Als die Mauer fällt und die Sowjetunion zerfällt, bleibt der Agent in den USA. Seinen Auftraggebern lügt er eine HIV-Infektion vor, seine deutsche Frau hält ihn für tot. Obwohl er nicht mehr für den KGB arbeitet und im ländlichen Pennsylvania mit seiner Familie unverdächtig lebt, wird er von einem russischen Überläufer verraten. Das FBI macht ihn ausfindig und schickt einen erfahrenen Agenten, Joe Reilly, der ihn monatelang überwacht und seine Wohnung verwanzelt lässt. Als Barsky seiner Frau im Streit eröffnet, ein Spion zu sein, haben die Amerikaner ihren Beweis. Der Ex-Agent wird an einem Freitag im Mai 1997 verhaftet, gesteht, kooperiert, wird freigelassen.

Ausgerechnet Joe Reilly, sein Überwacher, wird zum Freund. Der ehemalige FBI-Agent und der einstige KGB-Agent sehen sich bis heute, spielen zusammen Golf. Er habe Barsky schon gemocht, als er ihn mit seinem Feldstecher observierte, sagt Reilly, «ich spürte auch, dass er seine Kinder liebt, also würde er nicht fliehen». Von der Mutter seiner Kinder ist Barsky nach bitterem Kampf geschieden, seine dritte Frau stammt aus Jamaika und hat ihn bekehrt. Sie haben eine vierjährige Tochter. Dass Jack Barsky dem amerikanischen Fernsehen jetzt seine Geschichte erzählt, begründet er mit seinem neugefundenen Glauben. Er wolle Gott gereinigt gegenüberstellen, sagt er.

Mit Albrecht Dittrich, seinem früheren Selbst, hat Jack Barsky nur noch wenig zu tun. Immerhin kommen sie jetzt gut miteinander aus. Sagen sie beide.

Kolumne **Rudolf Strahm**

Die versteckte Agenda der SRG-Kritiker

Anfang Mai verfolgten Millionen von Fernsehzuschauern den Jahrhundert-Boxkampf der Superlative zwischen Mayweather und Pacquiao um den teuersten Boxweltmeistertitel der Geschichte, ausgetragen in Las Vegas, übertragen nur von privaten Fernsehkanälen. Wer in den USA das Spektakel verfolgen wollte, musste über Pay-per-View-Fernsehen allein für diesen Match 100 Dollar bezahlen. Wo man kein öffentlich-rechtliches Fernsehen kennt, sind grosse Sportevents üblicherweise nur über Bezahlfernsehen zu haben.

Eine derartige kommerzielle Medienordnung will der rechtsfreisinnige Nationalrat Christian Wasserfallen für die Schweiz. In seinen Medienthesen zur Demontage der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) fordert er, dass «spannende Spiele der Champions League oder Unterhaltungssendungen wie «Voice of Switzerland» oder «Supertalent» den privaten Fernsehsendern überlassen werden.

Hätte der staatsfeindliche SRG-Gegner auch nur die leiseste Ahnung von Medienökonomie, müsste er wissen, dass sich Grossanlässe und Mega-Unterhaltungssendungen von Privatsendern nur über Pay-TV oder durch Unterbrecherwerbung mit 20 bis 30 Prozent Werbezeitanteil finanzieren lassen.

Der Abstimmungskampf gegen die Revision des Radio- und Fernsehgesetzes (RTVG) ist längst nicht mehr eine rationale Entscheidung über den fälligen Systemwechsel von der bisherigen, bürokratischen Billag-Gebühr zu einer allgemeinen Medienabgabe. Bloss von der Kostenseite betrachtet, wird die vom Parlament vorgesehene allgemeine Haushaltabgabe von 400 Franken nämlich für alle günstiger als die bisherige Billag-Gebühr von 462 Franken. Für Ergänzungsleistungsbezogener AHV/IV und Heimbewohner, aber auch für 75 Prozent aller KMU bringt sie sogar eine vollständige Abgabebefreiung. Erst ab 500 000 Franken Firmenumsatz sind 400 Franken vorgesehen. Seit 1995 sind die Radio- und TV-Gebühren nur gerade um die Teuerung angehoben worden. Die Propaganda des Gewerbeverbands, die «neue Radio- und Fernsehsteuer» werde auf 1000 Franken steigen, ist schlicht gelogen. Doch Lügen ist in einem Abstimmungskampf nicht verboten.

Weit entfernt von dieser technischen Frage hat sich nun eine andere Gegnerschaft gegen die RTVG-Revision aufgebaut. Sie hat ein ganz anderes Ziel – und eine versteckte Agenda. Sie stellt nämlich den Service public der SRG grundsätzlich infrage. Verschwiegener Hintergrund ist der seit langem schwelende Machtkampf von privaten Verlegern mit der SRG.

Einige Verleger wollen mit der RTVG-Ablehnung ein Vordringen der SRG-Werbung in die Onlinemedien blockieren. Dabei hat das Departement von Bundesrätin Doris Leuthard der SRG die Onlinewerbung bereits verboten, um die privaten Verlage vor der SRG-Konkurrenz zu schützen.

An sich machen die privaten Verleger die SRG verantwortlich für ihr eigenes Problem, nämlich ihre späte Umstellung auf neue Technologien und auf die wachsende Onlineleserschaft, die keine Zeitungen mehr kauft. Auffallend offensiv gegen die SRG sind die Kommentare der «Neuen Zürcher Zeitung» inklusive Sonntagsausgabe, die keinen guten Faden mehr am öffentlich-rechtlichen Fernsehen finden. Von allen grossen Medienhäusern ist nämlich die NZZ-Gruppe wirtschaftlich am stärksten in Bedrängnis, weil sie den Trend zur digitalen Vielfalt verschlafen hat. Jetzt nutzt sie die Chance zur Schwächung der öffentlich-rechtlichen SRG.

Berlusconi, Blocher & Co.

Aggressiv kämpfen auch die Blocher-Medien «Basler Zeitung», «Weltwoche» und einzelne Privatsender gegen die SRG. Strategisches Ziel des SRG-Bashings ist nicht deren Verbesserung, sondern die Demontage und langfristige ihre Aufspaltung und Filetierung als öffentlich-rechtliche Anstalt. In Wartestellung stehen die bekanntesten, schwerreichen SVP-nahen Financiers Christoph Blocher, Tito Tettamanti, Walter Frey, Thomas Matter zur Einverleibung weiterer Medien bereit – den Tatbeweis dafür haben sie ja schon erbracht.

In Italien, Griechenland, Spanien wurde die Zerschlagung der öffentlich-rechtlichen Medien vorerzählt: Was dort geblieben ist, ist die Berlusconi-sierung der Medienlandschaft mit kommerziellen Schrottsendern und einem Zerfall der politischen Kulturen.

Der Verwaltungsratspräsident der politisch einflussreichsten und bezüglich Qualitätsstandards führenden Mediengruppe, Pietro Supino von Tamedia, sorgt sich zu

meinem Erstaunen um die Werbekonkurrenz durch die SRG. Das ist völlig unbegründet. Gerade seine Tamedia AG hat den technologischen Wandel in Richtung Onlineangebote und Onlinewerbung am effizientesten geschafft. Von der (heute ohnehin verbotenen) SRG-Onlinewerbung hätte sie nichts zu befürchten.

Der Verlegerkampf gegen eine starke SRG unterliegt meines Erachtens einer unternehmerischen Fehleinschätzung: Wenn nämlich die SRG als neutrale Festung der medialen Grundversorgung einmal nicht mehr ihre starke Stellung innehatte, würden alle andern Medien auch auf die schlüpfrige Ebene des Qualitätseinbruchs geraten. Das werbefreie Schweizer Radio SRF ist als Bastion der nationalen Grundversorgung bekanntlich bei der Bevölkerung das glaubwürdigste Medium. Ist die SRG einmal demontiert, lässt sich auch bei allen andern Medien der Qualitätsstandard nicht mehr halten.

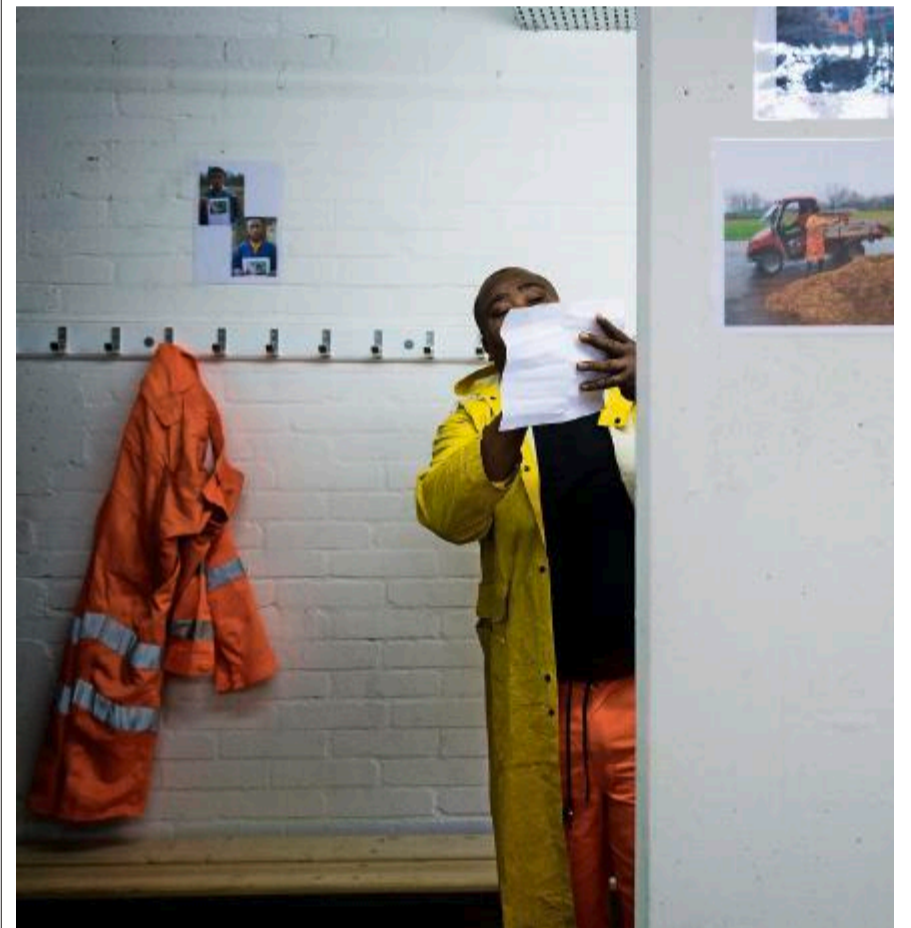
Wo man die öffentlich-rechtlichen Anstalten demontierte, folgten alle privaten Sender und Printmedien dem Trend ins Seichte. Die Schweizer würden erst dann merken, welchen Wert für Demokratie und nationale Identität sie mit der Grundversorgung durch die SRG haben, wenn es sie nicht mehr gäbe!

Es gibt auch ein SRG-Bashing aus der linken elitären Kulturecke. Von Ständerätin Anita Fetz etwa oder vom Filmpräsident Kaspar Kasics. Sie ärgern sich über die ihrer Ansicht nach seichten Unterhaltungssendungen und wollen der SRG einen «Schuss vor den Bug» verpassen. Sie öffnen aber nur der kommerziellen Schrottkultur die Tür. Der frühere Chefredaktor Peter Rothenbühler hat ihnen geantwortet: «Wenn man dem Schweizer Fernsehen die Mittel für die Produktion leichter Unterhaltung wegnimmt, wird das Schweizer Publikum einfach noch mehr «Unterhaltungsbrunz» aus dem fernen Ausland konsumieren.» Die Kritiker der SRG sind daran, ein Eigengoal zu schiessen.



Rudolf Strahm

Der Ex-Preisüberwacher wechselt sich mit Politgeograf Michael Hermann und mit der Autorin und Schauspielerin Laura de Weck ab.



Fertig mit Warten? Foto: Samuel Golay (Keystone)

Asyl Eine Wende in der Asylpolitik zeichnet sich ab: Flüchtlinge dürfen arbeiten. *Von Claudia Blumer*

Herumsitzen ist schlecht

Wenn ein neues Asylzentrum gebaut werden soll, haben die Leute Angst. Asylbewerber sitzen den ganzen Tag herum und machen nichts ausser bedrohlich aussehen. Im übleren Fall kommen sie auf die Idee, ein Velo zu klauen oder ein Getränk im Dorfladen. Dieses Problem wäre gelöst, wenn die Leute arbeiten dürften. Und nicht nur dieses Problem.

Asylsuchende und Flüchtlinge könnten für sich selber sorgen, heute leben sie grösstenteils vom Staat. Sie wären besser integriert, damit gesünder, und sie hätten Perspektiven. Wer lang pausiert, verfällt.

Nun scheint mehrheitsfähig zu werden, was die Linken schon lange fordern und die Bürgerlichen wegen angeblich zu hoher Attraktivität der Asyldestination Schweiz stets bekämpften: die Arbeitsintegration von Leuten, die in der Schweiz Schutz erhalten. Morgen fällt auf einem Bauernhof in Baselland der Startschuss zu einem Versuch dazu. Daneben betreibt der Bund weitere Projekte in mehreren Branchen, bei

denen die Leute ein jähriges Praktikum machen können, um nachher fit zu sein für Lehrstelle oder Arbeitsplatz. Die Erfolgsquote sei hoch, heisst es beim Bund.

Überraschend ist die breite Unterstützung dafür. Patrick Maier, Chef des Personalvermittlers Manpower, sagte es in Managerdeutsch: «Ich begrüsse jede Möglichkeit, den Talentpool zu vergrössern.» Und Toni Brunner, Chef der SVP, sagte es maximal unhöflich: «Faulheit muss bestraft werden.»

So grob der Satz ist, er markiert doch einen verblüffenden politischen Schwenk. Die Gründe dafür sind handfest: Die Asylzahlen steigen, die Verfügbarkeit von Arbeitskräften droht mit der Masseneinwanderungsinitiative abzunehmen. Das wird auch das Motiv für den Positionswechsel der SVP sein: Wenn die Bauern nicht mehr beliebig viele EU-Arbeiter rekrutieren können, haben sie ein Problem.

Manchmal braucht es unschöne Motive, um ein vernünftiges Vorhaben umzusetzen.